

## PROFESSOREN-PROFILE

Prof. Dr. Wolfgang Scherf, 41, ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der Universität Gießen. Er studierte in Freiburg und war Assistent von Prof. Alois Oberhauser. Seine bevorzugten Arbeitsgebiete: Finanzwissenschaft, Verteilungspolitik sowie Beschäftigungspolitik.



Das Foto wurde aktualisiert

Seine wichtigsten Buchveröffentlichungen: „Die Bedeutung des kaldorianischen Verteilungsmechanismus für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der staatlichen Neuverschuldung“, „Die beschäftigungspolitische und fiskalische Problematik der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung“. Er ist Mitglied im Finanzwissenschaftlichen Ausschuss der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik.

### Wolfgang Scherf

*Sie sind einer der Mitunterzeichner der Professoren-Erklärung „Der Euro kommt zu früh“ vom Februar. Kam diese Erklärung nicht etwas zu spät? Die Euro-Erklärung, die ich trotz einiger Bedenken hinsichtlich ihrer Begründung unterzeichnet habe, kommt politisch gesehen wahrscheinlich zu spät. Allerdings habe ich angesichts der Dominanz der Euro-Befürworter in der deutschen Politik erhebliche Zweifel daran, daß die Durchschlagskraft der Erklärung zu einem anderen Zeitpunkt größer gewesen wäre. In der Politik werden ökonomische Aspekte nur zur Kenntnis genommen, wenn sie die eigene Auffassung stützen. Andernfalls geht man einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus dem Weg, nicht zuletzt, indem man den Gegnern politischen Weitblick abspricht und sie zu kleinmütigen Bedenkenträgern erklärt.*

*Selten waren die deutschen Parteien so unisono einer Meinung wie bei der Befürwortung des Euro. Wurde dadurch nicht viel notwendige Diskussion und Aufklärungsarbeit — vor allem was die Risiken des Euro angeht — unterdrückt? Es ist schon merkwürdig, wie wenig kontrovers der Euro in der deutschen Parteienlandschaft, aber auch in der Wirtschaft eingeschätzt wird. Die Risiken werden unterschätzt. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft setzt auf Vorteile durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen in der Währungsunion. Dabei wird übersehen, daß flexible Wechselkurse ein Ventil für den Fall einer disharmonischen ökonomischen Entwicklung in den Mitgliedstaaten darstellen. Wer dieses Ventil versperrt, nimmt in Kauf, daß sich Ungleichgewichte an anderer Stelle niederschlagen. Beispielsweise führen überzogene Lohnabschlüsse in einem Mitgliedstaat der Union dann sehr schnell zu regionaler Arbeitslosigkeit. Dies mag aus deutscher Sicht aufgrund unserer vergleichsweise moderaten Lohnpolitik unproblematisch erscheinen, doch der Schein könnte trügen. Auf den Ruf der weniger vernünftigen Mitgliedstaaten nach Hilfe aus Brüssel wird man dann nämlich nicht lange warten müssen. Der Druck auf eine Ausweitung der Transferzahlungen in der Union dürfte erheblich zunehmen, und diese Transfers werden von den stabilitätsbewußteren Ländern aufzubringen sein. Die daraus abzuleitende Forderung nach einer Konvergenz in der Lohnpolitik werden Sie im Maastricht-Vertrag jedoch vergeblich suchen.*

*Glauben Sie, daß die Verfassungsbeschwerde der Professoren Hankel, Nölling, Starbatty und Schachtschneider den Euro noch stoppen wird? Und wäre es gut,*

*wenn das Verfassungsgericht diese — letztlich politische — Entscheidung revidieren würde? Ökonomisch wäre es gut, wenn die Euro-Klage Erfolg hätte. Allerdings halte ich die Tendenz, schwierige politische Entscheidungen durch das Verfassungsgericht lösen zu lassen, für äußerst bedenklich, zumal das Gericht nicht die Aufgabe hat, ökonomisch suboptimale Lösungen zu verhindern, sondern nach sehr viel großzügiger zu bemessenden Verfassungskriterien entscheiden muß. Die politische Pro-Euro-Entscheidung könnte nur durch andere politische Mehrheiten revidiert werden. Diese finden sich zwar in der Bevölkerung, aber leider nicht in Bonn.*

*Ende Februar wurden die amtlichen Statistiken zu den Konvergenzkriterien veröffentlicht. Danach lag die Neuverschuldung Deutschlands 1997 bei 2,7 Prozent. Sind Sie — wie viele Experten — nicht auch von diesem niedrigen Wert überrascht worden? Überrascht bin ich eigentlich nicht. Allerdings wurde dieser Wert nur unter Inkaufnahme einer Verschärfung der Rezession durch den Sparkurs der öffentlichen Haushalte erreicht. Diese Strategie hat zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Dabei ist unstrittig, daß eine dauerhaft angelegte und konsequent verfolgte Haushaltskonsolidierung wirtschaftspolitisch erwünscht wäre. Es muß jedoch zwischen zyklischen und strukturellen Budgetdefiziten unterschieden werden. Letztere sind auf Dauer, aber nicht in der Rezession zu konsolidieren, erstere muß man aus konjunkturpolitischen Gründen akzeptieren. Daraus folgt: Eine Neuverschuldungsquote von 3 Prozent ist bei Vollbeschäftigung zu hoch, kann sich aber bei Unterbeschäftigung als zu gering erweisen. Die Fiskalkriterien bedürfen also einer konjunkturellen Differenzierung. Statt dies im Maastricht-Vertrag zu berücksichtigen, hat man sich an ökonomisch unhaltbaren und für die Stabilität der Währungsunion nachrangigen Verschuldungskriterien orientiert, was konjunkturpolitisch kontraproduktiv war.*

*Man geht jetzt davon aus, daß 11 EU-Staaten beim Euro-rostart 1999 dabei sein werden. Selbst Länder wie Italien und Belgien gehören dazu, die mit 121,6 bzw. 122,2 Prozent Staatsschulden 1997 — bezogen auf das BIP — beim Doppelten des Euro-Referenzwertes liegen. Sind das nicht Größenordnungen, die eine Euro-Teilnahme verhindern sollten? Selbst wenn die Verschuldung, wie der Maastricht-Vertrag vorschreibt, rückläufig ist? Das Schuldenstandskriterium des Maastricht-Vertrages ist ei-*

gentlich noch problematischer als das Neuverschuldungskriterium. Ein hoher Schuldenstand relativ zum Sozialprodukt signalisiert vielleicht wirtschaftspolitische Fehler der Vergangenheit, ist aber für die Beurteilung der aktuellen Finanzpolitik ziemlich unerheblich. Daher würde ich diesen Punkt nicht überbewerten. Allerdings dürften zur Europäischen Währungsunion wohl tatsächlich Länder gehören, an deren Stabilitätskultur Zweifel erlaubt sind. Nur versagen die Maastricht-Kriterien bei der Auswahl der Teilnehmer, und politisch fehlt der Mut, dieses Problem offen zu diskutieren.

**In den USA befürchten bereits manche, daß der Euro dem Dollar eines Tages den Rang ablaufen wird. Kann er wirklich so stark werden?** Bei aller Skepsis gegenüber der Währungsunion will ich einen Erfolg in diesem Sinne nicht ausschließen. Der Euro hat durch sein quantitatives Gewicht das Potential zu einer zweiten Weltwährung. Ob die Amerikaner dies fürchten müssen und die Europäer dies hoffen sollten, ist eine ganz andere Frage. Eine internationale Reservewährung ist auch mit einer höheren Verantwortung verbunden. Eine Europäische Zentralbank wird es schon aufgrund divergierender Interessen der Mitgliedstaaten schwerer haben als die amerikanische, einen klaren geldpolitischen Kurs ohne allzu starke Rücksichtnahme auf allfällige Versuche der Einflußnahme anderer Länder zu steuern.

**Demnächst soll der erste Präsident der Europäischen Zentralbank bestimmt werden. Wer wäre Ihnen am liebsten? Der Franzose Trichet oder der Holländer Duisenberg?** Wenn es schon sein muß, plädiere ich aus politischen Gründen, aber ohne die fachliche und persönliche Qualifikation im einzelnen beurteilen zu können, gegen eine französische Lösung und damit für Wim Duisenberg.

**Die Asienkrise hat auch die Angst vor der Globalisierung weiter geschürt. Sind Devisen- und Kapitalkontrollen — wie sie von manchen gefordert werden — das richtige Mittel, die Gefahren des internationalen Turbokapitalismus zu reduzieren?** Die Globalisierung der Finanzmärkte ist nicht unproblematisch, weil diese Märkte die realwirtschaftliche Leistungskraft nicht immer widerspiegeln, sondern sich davon unter Umständen erheblich akkoppeln. Spekulative Kapitalbewegungen, welche die Güter- und Arbeitsmärkte destabilisieren können, lassen sich aber durch Kapitalverkehrsbeschränkungen nicht effizient bekämpfen. Sie sind vielmehr selbst eine Gefahr für die internationale Arbeitsteilung, deren Vorteile längerfristig gesehen überwiegen.

**Der Internationale Währungsfonds ist momentan von Rußland über Afrika und Südamerika bis hin nach Asien im permanentem Einsatz. Manche meinen, er sei damit völlig überfordert, andere — wie der Harvard-Ökonom Jeffrey Sachs — kritisieren die vom IWF eingeleiteten Maßnahmen. Wie sehen Sie das?** Der Internationale Währungsfonds ist nicht in der Lage, die ökonomischen Krisen weltweit zu entschärfen. Immerhin dürfte er die ökonomische Vernunft in den meisten Fällen eher gefördert haben. Viele Länder bedürfen des Drucks von außen, auch als politisches Alibi, um unpopuläre Konsolidierungsprogramme durchzusetzen. Der Währungsfonds kann aber nur wenig ausrichten, solange in den betroffenen Ländern keine tragfähigen politischen Strukturen existieren, die eine nachhaltig positive politische und ökonomische Entwicklung erwarten lassen.

**Die USA fahren seit Jahren die Ernte der Reaganschen Wirtschaftspolitik ein, d.h. konsequente Angebotspolitik und Steuersenkungen, jetzt noch gepaart mit konsequenter Haushaltsdisziplin. Muß die erfolgreiche amerikanische Wirtschaftspolitik nicht zwangsläufig zum Vorbild für die ganze Welt werden?** Der Boom in den USA kann wohl kaum als Erfolg einer konsequenten Angebotspolitik interpretiert werden. Unter Reagan wurde eine im Grunde eher keynesianische Politik der Steuersenkungen und Mehrausgaben für die Rüstung, die einen massiven Anstieg der Staatsverschuldung zur Folge hatte, nur neu et-

kettiert und konservativ verkauft. Insofern belegen die nachfolgenden Erfahrungen, daß eine nicht einmal optimal gestaltete expansive Finanzpolitik in einer unterbeschäftigten Wirtschaft durchaus erfolgreich sein kann. Auch zeigt die Entwicklung in den USA, daß nichts die öffentlichen Haushalte so stark entlastet wie ein konjunktureller Aufschwung und ein anhaltendes Wirtschaftswachstum. Die Konsequenz daraus müßte eine Abkehr von der derzeit betriebenen prozyklischen Finanzpolitik sein. Und wenn man schon Steuersenkungen ins Auge faßt, dürfen deren potentiell positive konjunkturelle Wirkungen nicht durch staatliche Ausgabenkürzungen wieder zunichte gemacht werden. Wer dem amerikanischen Weg folgen will, muß auch zu einer vorübergehend expansiven und mit Budgetdefiziten verbundenen Finanzpolitik bereit sein. Daß diese Politik, die sich mittelfristig auch fiskalisch auszahlt, an den Maastricht-Kriterien scheitert, spricht ebenfalls gegen die Einführung des Euro zum jetzigen Zeitpunkt.

**Kürzlich kaufte das Land Niedersachsen kurzerhand das Unternehmen Preussag Stahl, da der im Wahlkampf stehende Ministerpräsident Gerhard Schröder befürchtete, daß ein anderer Kaufinteressent aus Österreich Arbeitsplätze abbauen würde. Was sagen Sie zu diesem ordnungspolitischen Sündenfall erster Klasse?** Sicher hat Schröder hier nach der kurzfristigen wahlpolitischen und nicht nach der ordnungspolitischen Rationalität gehandelt. Das Land Niedersachsen trägt nun die Verantwortung für das Unternehmen und seine Beschäftigten, was sich auf Dauer als Problem erweisen könnte. Staatliche Entscheidungsträger sind politischem Druck ausgesetzt, der ökonomisch notwendige Anpassungen oftmals behindert.

**So stark der Parteien-Konsens beim Euro ist, so schwach ist er bei der Steuerreform. Hätte es Deutschland nicht mehr gedient, alle Energie in die Steuerreform zu stecken, statt in den Euro?** Euro-Verschöbung und Steuerreform hätten gut zusammengepaßt. Die Diskussion darf jedoch nicht auf die Einkommensteuersätze beschränkt werden. Deutlich niedrigere Steuersätze sind nur möglich bei einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch einen umfassenden Abbau von Steuervergünstigungen. Und nur wenn dies gelingt, erscheint eine Verminderung der Steuerprogression und damit eine Entlastung vor allem der oberen Einkommensschichten auch verteilungspolitisch akzeptabel, denn diese Einkommensschichten profitieren überdurchschnittlich von den Steuersubventionen. Eine echte Nettoentlastung der Bürger ist im übrigen nur möglich, wenn zugleich höhere staatliche Defizite hingenommen werden. Wer Steuersenkungen mit einer forcierten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verknüpft, wird die angestrebten Wachstums- und Beschäftigungsziele nicht erreichen.

**Bayern und Baden-Württemberg wollen jetzt den Länderfinanzausgleich ändern. Die reichen Bundesländer haben keine Lust mehr, die armen durchzufüttern. Es gibt auch schon die Forderung, daß die Bundesländer — ähnlich wie in den USA — eigene Einkommensteuern erheben sollen. Wäre solch ein Standortwettbewerb zwischen den Bundesländern nicht genau das richtige?** Wettbewerb setzt einigermaßen vergleichbare Startchancen voraus, die zumindest bezogen auf die neuen Bundesländer nicht gegeben sind. Grundsätzlich dürfte ein maßvoller Finanzausgleich gegenüber einem strikten Trennsystem die ökonomisch vernünftigeren Lösung sein, denn im Niveau staatlicher Leistungen, die ja auch eine Vorbedingung für private Aktivitäten darstellen, sollte es keine allzu gravierenden regionalen Diskrepanzen geben. Der heutige Länderfinanzausgleich bewirkt allerdings eine sehr starke Nivellierung der Pro-Kopf-Finanzkraft, was die Eigeninitiative der Länder, und zwar der reichen wie der armen, lähmt. Insofern wäre eine Begrenzung, aber keinesfalls die Abschaffung des Finanzausgleichs das richtige Rezept. Eigene Einkommensteuern sind nicht erforderlich, um einen fairen Standortwettbewerb zu ermöglichen.